

Hamze Bytyçi

Rassismus ist Antiziganismus ist Faschismus

20



Veronika Patočková und Hamze Bytyçi von ‚RomaTrial‘ beim Roma Day in Berlin am 8. April 2016, im Hintergrund Kenan Emmini von ‚Alle bleiben‘ und dem ‚Roma Rights Center Göttingen‘ sowie der Rapper und Roma-Aktivist Kastro, Foto: Antje Meichsner

1 Neujahrsansprache der Bundeskanzlerin Angela Merkel 2016, online: https://www.bundeskanzlerin.de/SiteGlobals/Forms/Webs/BKin/Suche/DE/Solr_Mediathek_formular.html?id=1680234&cat=videos&doctype=Video.

2 Ebd.

3 <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/thomas-de-maiziere-warnt-im-interview-vor-schweigespurale-14004064.html>.

4 http://www.hr-online.de/website/radio/hr-info/index.jsp?rubrik=54163&key=standard_document_58635810.

5 http://www.hr-online.de/website/radio/hr-info/index.jsp?rubrik=54163&key=standard_document_58635810.

Als ich vor einigen Jahren als glücklicher Neudeutscher bei einem Seminar gesagt habe, wir dürfen nicht vergessen, dass wir immer noch im *Land der Täter* sind, wurde ich dafür kritisiert. Ich wollte damit sagen, dass wir auch in Deutschland vor dem Faschismus nicht geschützt sind. Dennoch hätte ich damals keine Vergleiche mit den 1920er Jahren und dem Anfang der 1930er Jahre gewagt. Darüber bin ich mir heute nicht so sicher.

In ihrer Neujahrsansprache hat Angela Merkel beteuert, dass unsere Gesellschaft von „*unseren Werten, unseren Traditionen, unserem Rechtsverständnis, unserer Sprache, unseren Gesetzen und unseren Regeln*“¹ getragen wird – keine Blut- und Bodenideologie also. Wir sollten uns auch nicht in Alteingesessene und Neubürger spalten lassen und nicht denen folgen, die ein Deutschsein alleine für sich reklamieren und andere ausgrenzen wollen.² Das haben viele, einschließlich mir, aufrichtig begrüßt.

Doch paar Tage später sah die Situation plötzlich ganz anders aus: Am 8. Januar erklärte der Bundesinnenminister Thomas de Maizière, dass ein Migrations- oder Flüchtlingshintergrund eines Straftäters nicht verschwiegen werden darf. In einem Interview mit der *FAZ*³ forderte er die Polizeibehörden und die Medien dazu auf, die Herkunft von Straftätern zu benennen. Das tat er als eine Reaktion auf die Äußerungen der deutschen Öffentlichkeit, die sich über „widersprüchliche“ und „falsche“ Informationen seitens der Polizei nach den Übergriffen der Silvesternacht in Köln hintergangen fühlte.

Der aus guten Gründen eingeführte Grundsatz des Pressekodexes, die ethnische oder nationale Identität von Straftätern nur dann zu veröffentlichen, wenn diese für das Verständnis des Sachverhalts wichtig ist, wurde plötzlich als ein tollpatschiger Versuch wahrgenommen, die „Wahrheit“ zu vertuschen. Spätestens als der nordrhein-westfälische Innenminister Ralf Jäger erklärte: „*Wir nehmen es nicht hin, dass sich nordafrikanische Männergruppen organisieren, um wehrlose Frauen mit dreisten sexuellen Attacken zu erniedrigen*“,⁴ und die ehemalige Bundesministerin Kristina Schröder dazu aufforderte, „*gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen in der muslimischer Kultur*“⁵ und die Gewaltbereitschaft vieler junger muslimischer Männer zu diskutieren, war es definitiv aus mit dem Gebot

der Nicht-Spaltung und Akzeptanz. Wir wurden Zeugen eines erschreckenden Rechtsrucks quer durch das politische Spektrum, von dem nicht mal die SPD verschont wurde. Politiker*innen unterschiedlicher Parteien schlossen sich mit ihrer rassistischen Rhetorik an die neonazistischen Aufmärsche und Anschläge auf Flüchtlingsheime an – knapp 1.000 wurden allein im Jahr 2015 verübt.

Das Signal der ersten Jahreswoche war klar: Für die Öffentlichkeit macht es einen Unterschied, ob deutsche Frauen von deutschen Männern, oder von „Muslimen, Arabern, Nordafrikanern“ etc. belästigt werden. Darin sehe ich auch den Grund, warum eine solche Debatte um vermeintliche Frauenrechte nicht alljährlich nach dem Oktoberfest entflammt, wo Übergriffe von gewaltbereiten, chauvinistischen und überwiegend „aus westlichen Kreisen“ stammenden Männern auf wehrlose Kellnerinnen oder auf mehr oder weniger betrunkene Besucherinnen bekanntermaßen zum Alltag gehören. Keine wilden Muslime oder Afrikaner eben.

Wir haben wie so oft auch diesmal mit einem doppelten Maßstab zu tun. Aufgrund rassistischer Vorurteile wurde in Köln ein Link zwischen den Straftaten und der Herkunft der Täter hergestellt, unabhängig davon, was wirklich passiert ist. Es ist kennzeichnend, dass ausgerechnet bei der ersten Anklage, die Ende Januar beim Amtsgericht Köln landete, der Geschädigte ein Mann ist - wie übrigens bei einem Fünftel der rund 1.000 Anzeigen, was kaum erwähnt wird. Ebenfalls haben nur wenige Medien darüber aufgeklärt, dass die sexualisierten Übergriffe in den meisten Fällen als Ablenkung bei Diebstählen genutzt wurden: Es handelte sich also um keinen – auf gewaltlegitimierenden Männlichkeitsnormen basierenden – Trieb, sondern vielmehr um eine sexistische Taktik der Täter. Was auch Ralf Jäger nicht offen angesprochen hat: Um den Kölner Hauptbahnhof etablierte sich seit Jahren eine immer dreister werdende Trickdiebszene, wobei die Polizei immer wieder darauf aufmerksam machte, dass sie mit den vorhandenen Mitteln nicht in der Lage ist, rechtsstaatliche Garantien zu erfüllen. Aber anstatt der Schlussfolgerung: „Es war nur eine Frage der Zeit, bis bei der finanziellen und persönlichen Unterausstattung der Kölner Polizei so etwas passiert“, kam das Fazit: „War ja klar, bei so vielen Migranten/Muslimen/Arabern/Afrikanern, die wir ins Land hereinlassen.“

Jetzt im Nachhinein hätte ich mir gewünscht, dass wir zu der Debatte darüber zurückgekehrt wären, ob die deutsche Öffentlichkeit „das Recht“ hat zu erfahren, ob eine Straftat von einem „Nicht-Deutschen“ (was auch immer darunter verstanden wird) begangen wurde oder nicht. Nein, nicht einmal das war der Fall: Die Diskussionen um die Silvesternacht in Köln gingen implizit von der geteilten Annahme aus, dass die Polizei einen Fehler gemacht hat, wenn sie sich geweigert hat, die Täter pauschal als „Araber“ zu bezeichnen. Dieses neue Ausmaß an subtilem, doch umso gefährlicherem Rassismus hat mich schockiert. Den Höhepunkt stellte für mich ein Interview mit dem stellvertretenden Vorsitzenden des Bundes Deutscher Kriminalbeamter Sebastian Fiedler im Deutschlandfunk darüber dar, warum die Polizei in Nordrhein-Westfalen die Identität der Täter (eigentlich) nicht angibt. Herr Fiedler:

„Ich kann mich noch daran erinnern, wie sich der Verband der Sinti und Roma darüber beklagt hat, dass wir in unseren Dateisystemen bei bestimmten Kriminalitätsformen – ich nenne mal das Beispiel Enkeltrick – die Herkunft dieser Täter erfassen wollten. Auch nur intern ist uns das dann zu diesem Zeitpunkt dort untersagt worden. [...] Das war Mainstream!“⁶

Da bin ich mit meinem Latein am Ende. Die Forderung der Sinti und Roma, die diese aufgrund ihrer Verfolgung und Vernichtung erhoben haben, wird hier als Grund angegeben, warum der Polizei sozusagen die Hände gebunden seien. Dass



Hamze Bytyci vor dem Werk ‚Safe Europaen Home?‘ von Delaine Le Bas, Fotos: Stefania Busch

⁶ DLF: Leitlinien für Sprachgebrauch, online unter http://www.deutschlandfunk.de/bund-deutscher-kriminalbeamter-leitlinien-fuer.694.de.html?dram:article_id=342311

7 Ebd.

8 Ebd.

das Anlegen von ethnischen Profilen durch die Polizei in einer demokratischen und freien Gesellschaft verboten ist, wurde von einem Moderator des öffentlich-rechtlichen Rundfunks als ein „von der Politik auferlegtes Dogma“ bezeichnet – beziehungsweise als „Vorgaben, ein bisschen auch Sprachpolizei zu spielen. Das heißt, über die wirklichen Erkenntnisse, auch über den Hintergrund der Täter nicht immer das zu sagen, was man weiß.“⁷ Die Krönung der Suggestion seitens des Moderators war die Frage, die auf Fiedlers Aussage über den Zentralrat der Deutschen Sinti und Roma folgte: „Ist das eine politisch gewollte Täuschung der Öffentlichkeit?“⁸ Das Gebot „keine neuen Zigeunerlisten“ soll eine politisch gewollte Täuschung der Öffentlichkeit sein? Und das im öffentlich-rechtlichen Deutschlandfunk?

Auch die Tatsache, wie schnell das Asylpaket II auf den Weg gebracht wurde, hat sicherlich mit der Kölner Silvesternacht zu tun. Das gesellschaftliche Klima wurde dazu genutzt, gravierende Einschnitte in die Menschenrechte der Geflüchteten in den Gesetzen zu verankern, wie zum Beispiel die Eröffnung von „speziellen Aufnahmezentren“, die bereits jetzt in Bayern funktionieren, und in denen Menschen aus „sicheren“ Herkunftsländern und Menschen, denen vorgeworfen wird ihre Papiere vernichtet zu haben, untergebracht werden. Dort sollen Asylanträge innerhalb von drei Wochen bearbeitet werden mit dem Ziel, Menschen schneller abschieben zu können – unter anderem auch deswegen, weil sie von dort aus keinerlei Zugang zu sozialer oder rechtlicher Beratung sowie zu Rechtsanwält*innen haben.

Übrigens ist ein Teil des *Asylpakets II* ebenfalls die Einstufung von Algerien, Tunesien und Marokko als „sichere“ Herkunftsstaaten. Mit dem Versprechen „einfacherer Abschiebungen“ versuchten die Politikerinnen und Politiker die Öffentlichkeit zu beruhigen. Als hätte das Ausmaß an Ärger, den die Bürgerinnen und Bürger dieser Staaten im Ausland verursachen, irgendetwas damit zu tun, wie sicher ein Land ist. Das nenne ich politische Manipulation.

Es wird erneut bestätigt, was zahlreiche soziologische Studien belegen: Wer Rassismus sät, erntet Rassismus, egal in welcher Form. Auch wenn es durch die aktuelle Flüchtlingsdebatte scheinen mag, dass die Hetze gegen Roma vor allem aus Rumänien und Bulgarien vorerst aufhörte, dürfen wir uns nicht täuschen lassen. Auch die Vorfälle aus Köln können zum Schüren von Antiziganismus missbraucht werden, dies belegen neben vielen Nachrichten über die „bösen Flüchtlinge“ aus dem Westbalkan auch das Interview mit Sebastian Fiedler und das Asylpaket II. Vor allem aber erleben wir eine steigende Tendenz zu Faschismus und Menschenrechtsverletzung, und zwar längst nicht nur in Osteuropa. Es ist demnach höchste Zeit, Allianzen zu bilden. Es ist an der Zeit, dass die Roma-Bewegung nicht nur für Roma und Romnja kämpft, sondern unter anderem auch für Menschen aus Algerien, Tunesien, Marokko, Afghanistan, Syrien, Irak, Griechenland, der Ukraine und alle anderen, die unter der hegemonialen Regierung Deutschlands und Westeuropas leiden. *Roma Trial* arbeitet seit Jahren zusammen mit der Initiative *My right is your right!* Egoismus, Phlegmatismus und die vermeintlichen „wahren Lehren“ können wir uns in dieser Situation nicht leisten.

Denn mein Recht ist auch dein Recht!



Hamze Bytyçi, Foto: Annette Hauschild / Ostkreuz, mit freundlicher Genehmigung von Hellerau – Europäisches Zentrum der Künste Dresden